

Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Sozialhilfe an militante Islamisten/Extremisten und Reisen von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen ins Ausland: Stopp dem Missbrauch! Es braucht endlich ein griffiges Konzept!

Gemäss der Medienberichterstattung muss leider davon ausgegangen werden, dass diverse Islamisten in der Stadt Bern Sozialhilfe beziehen und gleichzeitig einer regen Vortrags- und Schulungstätigkeit im In- und Ausland nachgehen. Dafür werden ihnen vom Veranstalter zumindest die Spesen ersetzt. Diese über diese effektiven Spesen hinausgehenden Leistungen müssten zwingend angerechnet werden und die Sozialhilfe entsprechend gekürzt werden (Wegfall, Nothilfe statt Sozialhilfe). Ebenfalls ist das Kostgeld entsprechend zu kürzen. Es darf jedenfalls nicht sein, dass der bernische Steuerzahler für die Agitation dieser islamistischen Missionare/Extremisten im In- und Ausland aufkommen muss. Durch diese Tätigkeit zeigen Ausländer, dass sie nicht ernsthaft an einer Integration in der Schweiz interessiert sind.

Flüchtlingen und vorläufig aufgenommene Personen, die in ihr Heimatland reisen (z.B. Eritrea) beweisen, dass sie in ihrem Heimatland nicht mehr gefährdet sind und die Voraussetzungen zu Asyl und vorläufiger Aufnahme entfallen.

Der Motionär beauftragt den Gemeinderat, dass diese Missbräuche umgehend gestoppt werden müssen. Fälle wie in Nidau dürfen sich in der Stadt Bern nicht wiederholen. Die Stadt muss deshalb umgehend ein griffiges Konzept ausarbeiten, das u.a. die folgenden Punkte regelt:

1. Wirksame und effektive Kontrollen
2. frühzeitiges Erkennen von Missbräuchen (auch Ferienreisen ins Heimatland)
3. Verhinderungen von Missbräuchen, wie in Nidau/Biel (Fall Libyscher Iman)
4. wirksame Sanktionierung (schon bei Verletzung der Mitwirkungspflicht)
5. vollständige Anrechnung der Spesen und Unterhalt im Ausland
6. Wegfall/Kürzung der Unterstützung/Nothilfe statt Sozialhilfe
7. umgehende Meldung von relevanten Sachverhalten an die jeweils zuständigen Behörden
8. (z.B. SEM, Strafverfolgungsbehörden des Bundes und der Kantone, Staatschutz etc.), sodass diese Behörden die nötigen Massnahmen einleiten können (z.B. Entzug Asylstatus, vorläufige Aufnahme, Überwachungsmassnahmen, Strafverfolgung etc.)

Bern, 19. Oktober 2017

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz

Mitunterzeichnende: Roland Iseli, Rudolf Friedli, Henri-Charles Beuchat, Stefan Hofer, Kurt Rüeggsegger